



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

21. März 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

Das war ein schöner Sonntag! Joachim Gauck ist mit großer Mehrheit in der Bundesversammlung im ersten Wahlgang zum neuen Bundespräsidenten gewählt worden. Vorgestern hat er sein Amt angetreten, am Freitag wird er im Bundestag den Eid leisten und eine Rede halten. Die SPD hat seit 2010 und auch nach dem Rücktritt von Christian Wulff gradlinig zu Joachim Gauck gestanden. Er wird unserem Land gut tun. Er wird die Würde des Präsidentenamtes wieder herstellen. Vor allem kann er den Wert der Demokratie und ihrer Institutionen wieder bewusst machen. Dazu gehört, dass Gauck auch uns zur Diskussion herausfordern wird. Und dass wir mit Sicherheit manche seiner Einschätzungen nicht teilen werden. Aber: Wir brauchen endlich wieder einen unabhängigen Kopf im Bundespräsidentenamt und deshalb ist Joachim Gauck der richtige Präsident zur richtigen Zeit!

Anfang des Jahres schien es noch so, als sei Schleswig-Holstein das einzige Land, in dem gewählt würde. Dann kam der Bruch der Jamaika-Koalition an der Saar, mit vorgezogenen Neuwahlen am 25. März. Vergangene Woche dann die völlig unverständliche Zockerei von Union und FDP um den Haushalt im Düsseldorfer Landtag, die von Hannelore Kraft richtig mit Neuwahlen beantwortet wurde.

2012 ist so zum Jahr der Entscheidungen geworden. Ich hoffe und wünsche, dass die SPD bei allen drei Wahlen die Nase vorn hat - und vor allem, dass Hannelore Kraft wieder Ministerpräsidentin in NRW wird. Sie hat wirklich einen guten Job gemacht in den vergangenen zwei Jahren!

Herzliche Grüße aus Berlin sendet

Euse / Ihre Brigitta Zypries

Veranstaltungshinweis

Lesung mit Sven Kuntze

Der durch seine Arbeit bei der ARD bekannt gewordene Sven Kuntze macht seit seiner Pensionierung 2007 als Filmemacher und Buchautor auf sich aufmerksam. Für seine Reportage „Alt sein auf Probe“ lebte Kuntze einige Wochen im Altersheim. Aus diesen Eindrücken und seinen Recherchen über Altersheime in den USA entstand sein Buch „**Altern wie ein Gentleman – Zwischen Müßiggang und Engagement**“.

Zur Lesung mit Sven Kuntze lade ich Sie und Euch herzlich ein: **Montag, 26. März, um 20.15 Uhr in der Buchhandlung Hugendubel in Darmstadt, Luisenstraße 12 – Carrée.**

Nach der Lesung gibt es Gelegenheit zu einem kurzen Austausch - und natürlich die Möglichkeit, Bücher signieren zu lassen!



Neue Stolpersteine für Darmstadt

An diesem Donnerstag, 22. März, wird der Kölner Künstler Gunter Demnig in Darmstadt wieder „Stolpersteine“ verlegen. Diese Stolpersteine erinnern an die Opfer von Verfolgungen, Vertreibungen und Ermordungen während der Zeit des Nationalsozialismus. Die Steine werden vor den Häusern verlegt, in denen die Menschen ihren letzten freiwilligen Wohnsitz hatten.

Darmstadt ist an diesem Projekt seit 2005 beteiligt und es gibt in der Stadt bereits rund 160 solcher Gedenksteine. Nun sollen noch 16 weitere hinzukommen. Die Aktion beginnt um 14 Uhr vor dem Haus am Marktplatz 7.

Man kann auch die Patenschaft für einen Stolperstein übernehmen - Informationen dazu gibt es beim Kulturamt Darmstadt, Telefon 06151/13 33 36.

Transplantationsgesetz - Entscheidungslösung für die Organspende einführen

In Deutschland warten etwa 12.000 Menschen auf eine Organtransplantation. Viele Patienten warten sehr lange auf ein geeignetes Spenderorgan - und eine nicht unerhebliche Anzahl der Patienten stirbt im Laufe dieser Wartezeit. Letztes Jahr hat die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung eine Umfrage veröffentlicht, laut derer **74% der befragten Personen bereit wäre, nach ihrem Tod ein Organ zu spenden. Nur 25% der Befragten haben allerdings einen Organspendeausweis, der diese Bereitschaft dokumentiert!**

Im Transplantationsgesetz steht, dass eine Organspende nur dann möglich ist, wenn der Spender seine Bereitschaft dazu vor seinem Tod in einem solchen Organspendeausweis festgehalten hat oder wenn seine nächsten Angehörigen einer Spende zustimmen. Das ist die sogenannte „Zustimmungslösung“. Nach einer Initiative von Frank-Walter Steinmeier wollen wir in einem gemeinsamen Gesetzentwurf mit Abgeordneten von SPD, CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen jetzt die die sogenannte „**Entscheidungslösung**“ einführen: **Die Idee ist, Bürgerinnen und Bürger in regelmäßigen Abständen zu befragen, ob sie nach ihrem Tod zur Organspende bereit sind.** Krankenkassen sollen ihren Versicherten Informationsmaterial und Organspenderausweise zur Verfügung stellen und sie zu einer Erklärung auffordern. Bund und Länder sollen bei der Ausgabe von Ausweisdokumenten Aufklärungsunterlagen und Organspenderausweise aushändigen. **So wird jeder in die Lage versetzt, sich mit dem Thema Organspende ernsthaft zu befassen und kann eine Entscheidung treffen. Die erste Lesung ist morgen früh um 9.00 Uhr im Plenum.**

Selbstverständlich hat es keine Konsequenzen, wenn man sich für „nein“ entscheidet oder wenn man keine Erklärung abgeben möchte. Wenn keine Erklärung vorliegt, entscheiden weiterhin die nächsten Angehörigen über eine Organspende nach dem Tod. Ich meine aber, dass sich durch die neue Regelung mehr Menschen für einen Ausweis entscheiden werden - weil eben manchmal nur ein kleiner „Schubser“ fehlt, ein Denkanstoß - oder einfach die Gelegenheit, einen Ausweis auszufüllen. Mit der „Entscheidungslösung“ schaffen wir solche Gelegenheiten, ohne dass die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen durch eine Erklärungspflicht eingeschränkt werden würde.

Im Übrigen helfen Organspender mit ihrer Entscheidung nicht nur denen, die auf ein Spenderorgan angewiesen sind, sondern sie nehmen ihren Angehörigen im Ernstfall auch eine schwere Last ab.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fotos:
[BZgA](#) (S. 2)
[aboutpixel/](#) Holger Hecklau (S. 3)

Verbraucherpolitik neu ausrichten

Schon beim Einkauf im Supermarkt sind wir manchmal überfragt - die schiere Menge irgendwie ähnlicher Produkte lässt die Kaufentscheidung schwer werden. Nicht selten ist zum Beispiel die Liste der Inhaltsstoffe eines Produktes Fachchinesisch für uns. Noch einmal schwieriger wird es, wenn man vielleicht einen Computer kaufen möchte - oder Anteile an einem Investmentfonds! **Oft sind Informationen zu umfangreich, unübersichtlich oder für den Laien unverständlich.** Wir verlassen uns dann auf die Beratung durch den Verkäufer, fragen Freunde nach Empfehlungen oder orientieren uns auch unbewusst an Werbung und an Moden. Eins ist jedenfalls klar: **Den stets umfassend informierten, immer rationalen und ganz und gar selbstbestimmten Verbraucher gibt es in der Realität einfach nicht.** Auch wenn das schön wäre. Manchmal brauchen wir Entscheidungshilfen, weil sich die Qualität eines Produktes für den Verbraucher nicht einfach so beurteilen lässt. Es geht schließlich nicht immer lediglich um überteuerte Angebote oder mindere Qualität - **oft genug müssen Verbraucherinnen und Verbraucher auch vor Gesundheitsgefährdungen, Irreführung oder Betrug geschützt werden. Dazu muss der Gesetzgeber klare Regeln festlegen und staatliche Behörden müssen deren Einhaltung kontrollieren.** Wir in der SPD finden, dass die Bundesregierung auf diesem Gebiet nicht genug tut. In unserem Antrag fordern wir sie daher dazu auf, eine verbraucherpolitische Strategie vorzulegen, das Leitbild vom „mündigen Verbraucher“ einem Realitätscheck zu unterziehen und verbraucherpolitische Maßnahmen auf die „realen Verbraucher“ auszurichten. Am Donnerstag wird deshalb im Bundestag eine Generaldebatte zur Verbraucherpolitik stattfinden.

Equal Pay Day - Recht auf mehr!

An diesem Freitag, dem 23. März, ist „Equal Pay Day“. Das ist der Tag, bis zu dem Frauen arbeiten müssen, um auf den Vorjahreslohn ihrer männlichen Kollegen zu kommen. Unter dem Motto „Recht auf mehr!“ werden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wieder gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Deutschen Frauenrat ein Zeichen setzen für gleichen Lohn für Frauen und Männer. Denn **noch immer verdienen Frauen in Deutschland durchschnittlich 23 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen.** Bei der Kundgebung am Brandenburger Tor werden wir deutlich machen: Damit muss Schluss sein! **Wie Entgeltungleichheit beseitigt werden kann, zeigen wir mit dem Antrag, den wir diese Woche in den Bundestag einbringen.** Denn eins ist klar: Ohne konkrete Instrumente ändert sich nichts.